

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

ersch. wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. — Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Allgemeines Anzeigerblatt“. — Bezugspreis: Monats für 1,50 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,55 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen wird erlicht jeder Anspruch auf Lieferung von Nachzahlung des Bezugspreises.



Anzeigepreis: Die 5gepaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepaltene Reklameweile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. — Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geschriebener oder durch Fernsprecher abgegebener Anzeigen wird keinerlei Gormals übernommen. / Beilagengebühr: 10 — 20 M. das Zahlen, sonstiges Polzeilgebiet. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen faher zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 69

Donnerstag, den 15. Juni 1933

35. Jahrg.

Am 16. Juni (Freitag) findet eine **Volls-, Berufs- und Betriebszählung** statt. Die Vapere (Zaushaltungslisten, Land- und Forstwirtschaftsbezogen und Gewerbezogen) werden den Zaushaltungsvorständen jetzt zugestellt. Die Zaushaltungsvorstände werden gebeten, sich die Vorbrude anzusehen und sich auf die Beantwortung aller gestellten Fragen vorzubereiten, damit die Zähler nicht unnötig fragen gehalten werden.

Kemberg, den 13. Juni 1933.

Der Magistrat.

Donnerstag, den 15. Juni, Schweinemarkt

in Kemberg.

Der Zutrieb beginnt um 7 Uhr.

Kemberg, den 12. Juni 1933.

Der Magistrat.

Bekanntmachung!

Betr. Verminderung der Arbeitslosigkeit, Entlastung der weiblichen Arbeitskräfte.

In meiner Bekanntmachung vom 22. Mai 1933, betr. Doppelverdienst und Freimachung von Arbeitsplätzen — erschienen in den öffentlichen Tageszeitungen — wies ich darauf hin, daß zur Befreiung von Arbeitsplätzen für männliche Arbeitslose infolge einer Möglichkeit besteht, als die Arbeitsbeschaffung für Frauen zu verbessern.

Quantitativ hat die Reichsregierung am 8. Juni 1933 ein umfassendes Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit erlassen, das sich in 6 Abschnitten gliedert und einen Übergangsweg gegen die Arbeitslosigkeit darstellt. Durch dieses Gesetz ist ein Maßnahmenprogramm für die Arbeitsbeschaffung vorgegeben, das in seiner Auswirkung eine gewaltige Wirtschaftsankurbelung zum Besten von Volk und Staat sowie Erwerb und Verdienst für eine Million Arbeitslose vertritt, damit der Willen der Gesetzgeber erfüllt wird.

Damit sich diese großen Arbeitsbeschaffungspläne der Reichsregierung voll auswirken, halte ich es jetzt für notwendig, die Entlastung grundsätzlicher fämlicher in den Industriebetrieben der weiblichen Arbeitskräfte ins Auge zu fassen. Sie nehmen ungenutzten vielen vorbereiteten und arbeitslosen Familienmännern, die im Kampf um das täglich Brot für sich und ihre Familie kämpfend stehen, die Arbeit weg und diese mit zunächst geringem Verdienst ihnen aus Arbeit vertrieben werden. Hier helfen nur noch harte Mittel.

Das Verlangen auf Entlastung der weiblichen Arbeitskräfte und ihre Überführung in die Hauswirtschaft bedeutet durchaus keine Härte, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Hauswirtschaftlichen in Deutschland im letzten Jahre auf 600.000 zurückgegangen ist. Diesem Rückgang soll entgegengetreten werden und zwar mit Mitteln, die eine wesentliche Entlastung des Arbeitgebers darstellen. Während bisher fünf Bestimmungen erlassen waren, nämlich die Hausgehilfinnen vom dem Beitrag zur Arbeitslosenversicherung befreit waren und eine Milderung der Invalidenversicherungsbeiträge eintritt, wird künftig die Hausgehilfin innerhalb des Haushalts als minderfähiges Kind bei der Steuerberechnung angesehen. Wenn eine Hauswirtschaftliche eine Frau und zwei Kinder hat und eine Hausgehilfin beschäftigt, so ist der Steuerbeitrag für diese gemäß auf der Grundlage von einer Frau und drei Kindern zu berechnen. Dadurch tritt eine wesentliche Entlastung des Hausgehaltens ein. Die bisher in den Fabriken und Büros beschäftigten weiblichen Personen (sowie weibliche Arbeitslose) sollen auf diesem Wege wieder zu Beschäftigung kommen. Durch die Durchführung wird auf der einen Seite eine Arbeitsbeschäftigung eintritt, auf der anderen Seite die Zahl der weiblichen Arbeitslosen erheblich sinken.

Aber noch ein weiterer Grund rechtfertigt das Verlangen auf Entlastung weiblicher Arbeitskräfte. Die weiblichen Hausgehilfinnen, welche gleichfalls schwer darüber litet, und die die Löhle unseres gesamten Volkes und Staates bedeutet, hat Mangel an weiblichen Arbeitskräften. Die weiblichen Arbeitskräfte können deshalb ohne Schwierigkeiten die landwirtschaftliche Tätigkeit überführt werden.

Ein weiterer Grund zur Rechtfertigung der Entlastung der weiblichen Arbeitskräfte aus der Industrie besteht infolge, als vielen weiblichen Personen durch das obengenannte Gesetz der Reichsregierung die Möglichkeit gegeben wird, in den Ehestand einzutreten. Wenn es möglich ist, die Hauswirtschaft für das Bestehen des Staates ist, ist es die Ehe. Sie führt als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Reichsregierung. Die Förderung der Ehe-schließungen, die in Deutschland in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen sind, soll ermöglichen, die Wirtschaft wieder zu fördern. Arbeitsbeschaffung zu erleichtern und obigen weiblichen Personen aus dem Arbeitsprozess zugunsten männlicher Arbeitsloser herauszunehmen. Darüber hinaus sollen Erparnisse nutzbar gemacht werden, die zwischen Verlobten vielfach angehäuft sind, aber nicht ausgeben, um neben der Beschäftigung von Wäpfe auch noch die Beschäftigung von Wäpfe zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wird von der Reichsregierung ein Ehestandsdarlehen zinslos bis zum Betrage von 1000 RM gegeben, wenn die künftige Ehefrau mindestens 6 Monate im letzten Jahre in Arbeitsverhältnis gestanden hat, wenn das Bundesamtliche Amt für Verlobte und wenn eine Ehevertragsnahme der Arbeits-tätigkeit von der Ehefrau abgelehnt wird, solange der Ehemann nicht mehr als 125 — RM monatlich verdient.

Ich richte deshalb an alle industriellen Arbeitgeber des Landes, freilich erneut die dringende Bitte, in allen Fällen, in denen es die Arbeitsbeschaffung ermöglicht, die weiblichen Arbeitskräfte aus den Büros und Fabrikräumen zu entlassen und dafür männliche Arbeitskräfte einzustellen.

Ein mögliches Gelingen des Programms der Reichsregierung ist nur möglich, wenn alle beteiligten Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in verständnisvoller Weise und mit Zutrauen mitarbeiten.

Wittenberg, den 10. Juni 1933.

Der Landrat.

Die Weltwirtschaft tagt

Eröffnungsrede des englischen Königs.

London, 13. Juni.

Um 2.56 Uhr eröffnete der König von England die Weltwirtschaftskonferenz mit einer Rede, in der er erklärte:

„Zu dieser Zeit der weitverbreiteten Wirtschaftskrise heiße ich Sie mit einem Gefühl tiefer Verantwortlichkeit in diesem Lande willkommen. Ich glaube, daß es das erste Mal in der Weltgeschichte ist, daß irgendein Souverän den Vorstoß bei der Eröffnung einer Konferenz aller Nationen der Welt geführt hat.“

„Ich wünsche, meiner Genehmigung Ausdruck zu verleihen, daß eine solche Versammlung möglich ist, und mein Vertrauen auszubringen, daß dieses gemeinsame Bestreben zu einem nützlichen Ergebnis führen werde. Ich heiße die Vertreter der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes willkommen. Ich bin immer dem Wert des Völkerbundes mit der größten Hochachtung und dem größten Interesse gefolgt.“

Der König fuhr in französischer Sprache fort: „Die Welt ist in einem bemerkwürdigen Zustand. Für Sie, meine Herren, die heute die Arbeit des Wiederaufbaues beginnen ist die Arbeit schwer.“

„Sie wird nicht erfüllt werden, es sei denn durch guten Willen und aufrichtige Zusammenarbeit.“

„Ich reiche Ihnen die Hand, und mit meinem ganzen Herzen wünsche ich, daß Ihre Anstrengungen zu einem glücklichen Ergebnis geführt werden, das die Völker der Welt mit Umgebuß erwarten.“

„In dem festen Glauben, daß gegenseitige Beratung ein erster Schritt auf dem Wege zur richtigen Handlungsweise ist, eröffne ich diese Konferenz. Ich werde Ihre Erörterungen mit dem engsten Interesse und mit Aufmerksamkeit verfolgen, und ich bete, daß die Ergebnisse Ihrer Bemühungen die Welt aufs neue auf den Weg des Wohlstandes und geordneten Fortschritts bringen.“

MacDonalds Willkommensgruß

Nachdem der König geendet hatte, entbot MacDonald als Präsident der Konferenz unter den Beifallstundgebungen der Delegierten den Willkommensgruß. „Ich hoffe“, sagte MacDonald aus, daß Ihr Aufenthalt hier aufrecht in seinen Ergebnissen sein wird und daß Sie, wenn Sie London verlassen, den Namen der Londoner Wirtschaftskonferenz unter die großen internationalen Zusammenkünfte eingraviert haben werden, die der Menschheit Segen gebracht haben.“

Die zweite unserer Versammlung sind von der größten Bedeutung. Seine Majestät selbst hat die Konferenz mit einer halbvolles Rede eröffnet, die seine lebhafteste Würdigung unseres Wertes und seine tiefe Sorge um unsern Erfolg zeigt, und ich schlage vor, in Ihrem Namen unsern Dankbekenntnis für die uns angetane Ehre und für das Interesse, das er an unserm Wert nimmt, auszubringen.“

An keinen weiteren Ausführungen betonte MacDonald mit Nachdruck die unbedingte Notwendigkeit, die Frage der Kriegsschulden zu klären, was ohne Bezug von den beteiligten Nationen geschehen müsse.

„Canjone, fuhr MacDonald fort, muß volendet und diese wichtige Frage ein für allemal im Lichte der gegenwärtigen Weltbedingungen erledigt werden.“

„Ich bin sicher“, erklärte MacDonald, daß wir alle von den höheren Verantwortlichkeiten wissen, die auf uns laffen. Eine feindliche Politik wird diese Krisis nicht lösen. Wenn wir hier zusammenkommen in dem Bewußtsein, daß der dauernde Nutzen eines jeden abhängt von dem dauernden Nutzen aller, und eingeschlossen sind, bei einem Abkommen mitzuarbeiten, das eine Erneuerung des Wohlstandes möglich macht, dann werden wir Erfolg haben, und die Erneuerung der Welt wird gerechtfertigt sein. Wir dürfen keinen Mißerfolg erleiden.“

Der eigentliche Arbeitsbeginn in London.

Die Sitzung der Weltwirtschaftskonferenz in London begann mit einer Vermahnung des Präsidenten, Premierminister MacDonald, an einige säumige Delegierte, die sich protokollierweise zum Sitzungsbeginn verspätet hatten.

Er bat sie, sich in Zukunft größerer Pünktlichkeit zu befleißigen. Dann machte er Mitteilung von den Beschlüssen, die das Büro der Konferenz gefaßt hat. Auch in ihnen tritt der Wunsch zutage, die Verhandlungen sich nicht ins Uferlose verlaufen zu lassen. So sollen für die allgemeine Debatte nur drei Sitzungstage bewilligt werden.

Der Beschluß, jedem Redner nur 15 Minuten Redezeit zu gewähren, wird allerdings nach MacDonalds Mitteilung nicht ganz strikt gehandhabt werden. Man will sich hier einer gewissen Klaffigkeit befleißigen in Fällen, in denen der Redner wirklich bedeutungsvolle Vorschläge zu entwickeln hat.

Die Reden Daladiers und Jungs

Anschließend legte der französische Ministerpräsident Daladier die Anliegen der französischen Regierung zu den Problemen der Weltwirtschaft auf.

Er erinnerte daran, daß es auf der Welt mehr als 30 Millionen Arbeitslose gebe.

Man müsse wieder den Menschen zum Herrn über die Maschine machen und dürfe nicht zulassen, daß die Maschine

den Menschen beherrsche. Dazu sei es aber notwendig, die Probleme, die sich auf dem Gebiete des Weltwesens und der Produktion ergeben hätten, zu lösen. Um internationale Handelsabereinkommen von Dauer und Abmüdungen über die Regelung der Produktion abschließen zu können, sei es notwendig, den internationalen Geldverkehr in Ordnung zu bringen.

Besonders notwendig sei die Vergabe großer öffentlicher Aufträge, um die Arbeitslosen in den Wirtschaftszweigen wieder einzugliedern. Daladier erklärte, man müsse die Freizügigkeit des Goldes wiederherstellen, denn nur so könne man die Kämpfe auf dem Gebiete des internationalen Geldwesens beenden.

Der italienische Delegierte Juno a betonte, daß erst das internationale Schuldensystem gelöst werden müsse, ehe man an eine Erhöhung des internationalen Preisniveaus und an eine Begrenzung der Zollstrafen herangehen könne. Die Erhöhung des Preisniveaus dürfe lediglich im Zusammenhang mit dem Währungsproblem verhandelt werden.

Eine Besserung der internationalen Wirtschaftsverhältnisse könne nur durch eine tatsächliche Stabilisierung der Währungen erzielt werden.

Als nächster Redner folgte der Führer der deutschen Delegation,

Außenminister Freiherr von Neurath

Nach Worten des Dankes an den englischen König und an die englische Regierung führte er u. a. aus: Für die Gesamtheit möchte ich dem allgemein anerkannten und auch in den Bericht der Experten aufgenommen volkswirtschaftlichen Grundgesetz erneut betonen, daß internationale Schulden letzten Endes nur durch Waren- und Dienstleistungen abgetragen werden können. Dieser Grundgedanke hat für uns bei der heutigen Lage der deutschen Wirtschaft den Ausgangspunkt bilden müssen.

Nach unserer Auffassung werden die wirtschaftlichen und insbesondere die handelspolitischen Probleme erst dann eine Lösung zugeführt werden können, wenn man sich zuvor über die fundamentalen Grundzüge der Kredit- und Finanzfragen betrieblig verständigt hat.

Die Welt hat bisher angenommen, daß bei allen diesen Problemen die Interessen der hier vertretenen Staaten nicht gleich liegen. In der Tat scheinen, wenn mir jedes der Probleme für sich ansehe, die Interessen gegenteilig zu sein. Aber diese Konferenz ist der schlagende Beweis dafür, daß es sich nur um scheinbare Gegensätze handelt.

Die Industrie kann nicht leben, wenn die Landwirtschaft nicht lebt, und umgekehrt, der Gläubiger kann nicht leben, wenn der Schuldner nicht lebt. Die Goldwährung hat keinen Sinn, wenn die Freizügigkeit des Goldes nicht gewährleistet ist.

Nachdem diese Konferenz der lebendigste Ausdruck dieser Einsicht ist, werden wir auch den Mut aufbringen müssen, die sich daraus ergebenden Lösungen durchzuführen.

Freilich werden die Völker und Regierungen sich dazu nur durchringen, wenn das Vertrauen und ein fruchtbares und verständnisvolles Zusammenleben der Völker wieder hergestellt wird, wenn die großen politischen Aufgaben geregelt werden, die immer noch der Lösung harren.

Daß das andere große politische Problem, um dessen Lösung wir seit Jahren ringen, vor dieser Konferenz nicht mehr gelöst werden konnte, war eine herbe Enttäuschung.

Die deutsche Regierung kann von sich legen, daß sie ihr Teil dazu beigetragen hat, das Vertrauen wieder herzustellen. Sellen wohl ist eine Regierungserklärung in der Welt mit gleicher Spannung erwartet worden wie die kirchliche Erklärung des Reichsanzlers Hitler vor dem Deutschen Reichstag. Sellen wohl ist eine Regierungserklärung mehr geeignet gewesen als diese, Beruhigung zu schaffen und der Wiederkehr des Vertrauens die Wege zu ebnen.

Der Wert dieser Regierungserklärung kann nicht dadurch vermindert werden, daß gesagt wird, das sind Worte, wir wollen die Handlungen abwarten.

Die deutsche Regierung hat gehandelt. Sie hat ihr volles Teil dazu beigetragen, um die große, von staatsmännlicher Weisheit eingegebene Initiative des italienischen Regierungschefs zu verwirklichen und den Pakt von Rom zu schaffen. Sie hat der Arbeitslosenkonferenz in Genf einen neuen Impuls gegeben, indem sie den Plan des hiesigen MacDonald als Grundlage der künftigen Konferenz angenommen hat. Sie hat das getan, obwohl die Erfüllung der Versprechungen, auf die Deutschland einen Anspruch hat, noch nicht sichtbar ist.

Vergessen wir nicht, daß ohne eine Lösung der großen wachsenden politischen Fragen die Beratungen dieser Konferenz zu keinem betriebligen Ergebnis führen können.

Genf und der Arbeitsdienst

Ein unmöglicher Beschluß des Effektivauschusses.

Ein Beschluß des Effektivauschusses der Abrüstungskonferenz, in dem auf französischem Antrag hin das Verbot der Arbeitsdienstpflicht gefordert worden ist, braucht in Deutschland nicht besonders tragisch genommen zu werden, wennalich nicht verhehelt werden soll, daß dieser Beschluß

zu den abjurdierten Beschüssen gehört, die in Genf gefaßt worden sind.

Keinem Volk kann die Möglichkeit genommen werden, die Arbeitsbeschaffung und die Arbeitsorganisation, die es für sich für notwendig hält, zu gestalten.

In unternichteten deutschen Kreisen wird betont, daß die Einführung der Arbeitsbeschaffung eine Notwendigkeit für den neuen Staat ist. Die Arbeitsbeschaffung ist fernerhin notwendig, um der deutschen Wirtschaft neue Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, und schließlich wird die Arbeitsbeschaffung benötigt, um durch bessere Ausnutzung deutschen Bodens eine deutsche Ernährungsbasis zu schaffen. Es ist anzunehmen, daß die Generalkommission den jetzt gefaßten unbilligen Beschluß noch revidieren wird.

Landesverratsbege über Genf

Erklärung des Führers der deutschen Arbeitsfront Dr. Ley.

Berlin, 14. Juni.

Staatsratspräsident Dr. Ley, der als Führer der deutschen Arbeitsfront die deutsche Delegation auf der Internationalen Arbeitskonferenz führt, veröffentlicht folgende Erklärung: „Ein gewisser Dr. Dang, ehemaliger Reichsleiter des Vorwärts, hat in der „Danziger Volksstimme“ eine bewußte Falschmeldung verbreitet, die unserem deutschen Volke schadet. Er hat sich damit als echter Marxist und Landesverräter offenbart.“

Ich habe in der Pressekonferenz in Genf, in die sich Herr Dr. Dang eingeschmuggelt hatte, gesagt: Es wäre geradezu unerhört und unerträglich, daß man zwei der größten Völker Europas, Italien und Deutschland, das Mandat und die Sätze in den Kommissionen verweigern wollte, während jedem kleinsten Staat Sitz und Mandat ohne weiteres zugestanden worden seien.

Der Sozialdemokrat und Landesverräter Dang hat diese einseitige Feststellung in eine Beleidigung der südamerikanischen Staaten umgewandelt.

Dazu erkläre ich hiermit: Ich habe nie einen Staat und nie eine andere Nation beleidigt, sondern nur das Recht meines Volkes verteidigt.“

Fragebogen über die vierzigtägige Arbeitswoche

Die Internationale Arbeitskonferenz hat über die Frage der vierzigtägigen Arbeitswoche beschlossen, daß zunächst ein besonderer Ausschuss einen Fragebogen anspricht.

Dieser Fragebogen wird dann den Regierungen zugehen.

Aufgabe der nächstjährigen Arbeitskonferenz wird es sein, ein formelles Abkommen zu beraten und es abzuschließen. Diese Sitzung entspricht auch dem Wunsch der deutschen Delegation.

Führerkampf in der SPD

Ausschluß der Prager „Parteiliste“?

Die Tatsache, daß die Parteiführer der SPD, Wels und Vogel, in Gemeinschaft mit Breitscheid und Stampfer in Prag ein Büro eröffnet haben, das sich „Reichsleitung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei“ nennt und das bei der zweiten Internationalen als solche angemeldet worden ist, hat die in Deutschland verbliebenen Führer der SPD in große Schwierigkeiten gebracht.

Somit die Landtags- als auch die Reichstagsfraktion der SPD haben sich schon dagegen verwahrt, daß eine Reichsleitung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei im Auslande entstände. Es ist, nachdem nunmehr trotzdem ein solcher Schritt erfolgt ist, große Stimmung dafür vorhanden, Wels, Breitscheid, Stampfer und Vogel aus der SPD auszuschließen. Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit dem Sitz in Berlin würde dann vermuthlich der ehemalige Reichstagspräsident Löbe übernehmen, der in Deutschland geblieben ist und bereits seit geraumer Zeit die Geschäfte der Partei führt.

Ingenieur H. H. als Frage, ob Stampfer zur Herausgabe des „Vorwärts“ als „Wochenblatt in Prag“ herabgesetzt werden darf, da der „Vorwärts“ Eigentum der SPD ist und die Deutschen Sozialdemokraten nicht daran denken, das Verlagsrecht herauszugeben. Sie erstreben vielmehr, wie aus ihren Kreisen verlautet, die Erlaubnis, den „Vorwärts“ wieder erscheinen lassen zu dürfen, so daß dann vielleicht das Bild entstände, daß der „Vorwärts“ sowohl in Berlin wie in Prag erscheint.

... bis die Rechte kommt!

Eine Junggefellengeschichte.

Original-Erzählung von H. v. Biberstein.

15)

(Nachdr. verb.)

Er fand allmählich die Freude wieder an seinem Beruf. Die Ernte versprach glänzend zu werden und die augewendete Mühe zu lohnen. Der Viehstand entwickelte sich prächtig und warf immer reichere Erträge ab. Auch die Jagd lohnte. Und so begannen die innere Befriedigung an der Arbeit, seine gesunde Natur und die fröhliche Söhnelust die inneren Wunden zu schließen.

In dieser Zeit erhielt Achim aus der Landeshauptstadt vom dortigen Kolonialverein die Aufforderung, einen Vortrag über die frühesten deutschen afrikanischen Kolonien zu halten. Obwohl er sonst nicht gewohnt war, in der Öffentlichkeit hervorzutreten und seine mühsam wiedergewonnenen Ruhe auf dem Thronsaal für sich zu lassen, so glaubte er doch in diesem Falle zuzugreifen zu müssen, in der Hoffnung, für sein geliebtes, zu seiner zweiten Heimat gewordenen Afrika Interesse zu erwecken und fördern zu können, damit seine Landsleute nicht vergessen, was für kostbare Güter sie verloren hatten und nicht zuzulassen, bis sie wiedergewonnen seien. Jedem drängte zuerst seine, dann immer härter eine andere Sehnsucht ans Licht. In derselben Stadt wohnte Dorothea, und wenn er auch nicht hoffen konnte, sie zu sehen, so bereitete es ihm doch in Gedanken eine schmerzlich-wohlthuende Genugtuung, wieder in ihrer Nähe zu sein und dieselbe Luft mit ihr atmen zu können. Wie so oft im menschlichen Leben, veranlaßte die schmerzlichen Erinnerungen, es blieb ihm die reine hehre Gefühl, wie sie mit klaren leuchtenden Augen neben ihm gesaßen, und der liebe Mund, der ihm so aus der Seele und zur Seele gesprochen hatte.

So lagte er zu, und da der Vortrag erst in der zweiten Hälfte des November stattfinden sollte, hatte Achim Zeit,

Unruhherd Oesterreich

NSDAP, „staatsfeindlich“?

Der österreichische Minister hat einen Erlaß genehmigt, demzufolge die Zugehörigkeit der Bundesbeamten zur Nationalsozialistischen Partei und das Wirken für diese Partei als staatsfeindlich erklärt wird.

Am Anfang in diesen Erlaß hat der Bundesminister für Sicherheit, Fein, an alle Sicherheits- und Gendarmeriebeamten Oesterreichs einen Tagesbefehl ausgegeben, in dem es, wie die Politische Korrespondenz meldet, heißt: „Die Ereignisse der vergangenen Zeit, besonders der letzten Tage, haben deutlich bewiesen, daß die NSDAP in Oesterreich eine staatsfeindliche, das Volk und das öffentliche Wohl schwer schädigende Tätigkeit ausübt und mit gleichzeitigen Mitteln arbeitet. Es geht jetzt um das Wohl, um die Existenz unserer Völker.“

Kampf der NSDAP nur legal

Mit dem Gauleiter Frauenthal erschien die gesamte nationalsozialistische Landtagsfraktion in der Wiener Polizeidirektion.

Namens der Fraktion erklärte Gemeinderat Dr. Walter Riehl dem Polizeipräsidenten, die Nationalsozialistische Partei in Oesterreich habe immer auf dem Standpunkt der Legalität gestanden und werde auch heute jedes Abweichen vom legalen Wege, zumal Abstoß Hilfer den legalen Weg auch immer nie gehalten habe.

Die Gewalttate der letzten 24 Stunden seien aus einer Folge der Ausschaltung der Führung der Partei zu betrachten. Vorbereitete Flugblätter revolutionären Inhaltes seien offenbar von unverantwortlichen privaten Stellen ausgegangen, wenn nicht gar von Provokatoren.

Wenn die Aktionsfähigkeit der Leitung der NSDAP, weiterhin durch Sperrung der Parteibüros vermindert werde, so sei es nicht zu verwundern, daß die Leidenschaftlichen junger Leute, wie etwa der Studenten bis zur Glühigkeit entzündet würden und nicht abgesehenen Folgen eintreten könnten. Er fordere deshalb den Polizeipräsidenten auf, dem Bislangler Dr. Winkler telefonisch das Ergehen um Wiederherstellung der Parteibüros der NSDAP, zu übermitteln.

Während die 15 Gemeinderäte in der Polizeidirektion sofort auf Antwort warteten, wurden 6 Gemeinderäte zum sofortigen Verhör in das an der Rossauerbrücke gelegene Kriminalinspektorat vorgeladen.

Die Zahl der in diesen Tagen in Oesterreich bisher festgenommenen reichsdeutschen Mitglieder der NSDAP, betrage, den Mittagsblättern zufolge, etwa 80.

Die deutsch-österreichische Tageszeitung bringt zu den Vorgängen keinen Kommentar, sie schreibt vielmehr in einer Mitteilung an ihre Leser: „Wir bringen hiermit allen Parteimitgliedern und Bekannungsreue den zur Kenntnis, daß wir durch die neue Pressezensur, die wir durch die Verhinderung der Parteibüros erfahren, uns lediglich auf den Tatsachenbericht zu beschränken.“

und es uns verlangen müssen, die bisher übliche Beurteilung der politischen Ereignisse weiterhin ungehindert zu pflegen.

Wir müssen es daher unseren Freunden überlassen, für die Dauer dieser außerordentlichen Verhältnisse die Schlussfolgerungen aus unserer politischen Berichterstattung selbst zu ziehen.“

Wie die Reichspost erfährt, wird auch die Schließung der NS-Schulen in Groß-Harras in Nieder-Oesterreich sowie in Kirchdorf in Ober-Oesterreich und in Vorarlberg durchgeführt.

Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Habicht

Der Landesinspektor der NSDAP, in Oesterreich, Reichstagsabgeordneter Habicht, ist nach Mitteilung des Ministers für die öffentliche Sicherheit, Fein, in Linz verhaftet worden.

Im Laufe der Nacht hatte die Polizei in Linz ihre Affronten gegen die Führer der österreichischen Nationalsozialistischen Bewegung, die ihre Landesleitung in Linz hat, eingeleitet. Als die Polizei nach Mitternacht in das Wohnhaus des Landesinspektors Habicht eindringen wollte, fand sie alle Eingänge verschlossen.

Den Einlaß befehrenden Polizeibeamten erklärte Habicht, daß er nur der Gewalt weichen werde.

Darauf wurde ein Schlüssel geholt, der die Tür aufbrach. Darauf wurden Habicht und einige Parteigenossen, darunter sein Sekretär Seimert, der ebenfalls Reichsdeutscher ist, ver-

haftet und in den äußersten Winkel geleitet, aber das scharfe Fägerschwert des Wärters ergriffte sie doch. Eine jähe Freude mußte in ihm aufsteigen, als er sah, daß der Weg zu ihm wiedergefunden. Und diese Freude, auch die ganze Qual und Warten der letzten Monate überging auf seine Worte und Sprache, so daß diese eine Wärme und einen Schimmer bekamen, die alle in ihren Sinn zwang. Aber er sprach nur mehr für sie allein. Alle die Hunderte von Menschen waren versunken, seine Worte sagten sich in jener Ede Zeit, wo sie ja, alle Jubelnde spürten die geradezu hinreißende Sprechweise, hingen wie gebannt an seinem Munde, und als er mit einem feurigen Appell schloß, viele verlorenen Kinder des deutschen Vaterlandes nicht zu vergessen und dafür zu streben, daß der deutsche Volk wieder seine Fänge in den heißen Boden des Aequators schlagen kann, überkam ein solcher Jubel die ganze Versammlung, und sie sang wie ein Weibchen liegend das Deutschlandlied.

Bei diesem brausenden Jubel ermahnte der Redner wie aus einem Traume. Er strich über Stirn und Augen und bildete ganz verläßt auf die vielen Menschen, die ihm zuzuhörten. Aber jetzt suchte er vergebens nach der Einen. Dorothea hatte die innere Erregung des Redners gespürt, das Vibrieren seiner Stimme hatte auch sie getroffen und sie ahnte lassen, daß er sie gesehen. Wie ein Fluidum war es vor Seele zu herabgefallen. Ganz benommen verließ sie nach den letzten Worten den Saal.

häftet und ins Linzer Polizeigefangenhaus eingeliefert Die Hausführung verlief ohne Ergebnis.

Ferner wurden in Nieder-Oesterreich und dem nördlichen Burendal einschließliche sämtliche Bezirksleiter der NSDAP, 27 an der Zahl, verhaftet.

Wieder ein Sprengkörper epidiert

In der Nähe Wiens am Laer Berg ist kurz nach Mitternacht vor dem Gitter einer Hütte, in der Waffendruck untergebracht sind, ein Sprengkörper epidiert. Es wurden jedoch nur einige geringfügige Beschädigungen verurteilt.

Bombenanschlag auf Dr. Rintelen

Am Nordrand der Ortschaft Kirchdorf bei Brud an der Mur epidierten gegen 11 Uhr abends zwei Sprengkörper, wodurch ein Bretzerwagen zerstört und die Bretter auf die Bundesstraße geschleudert wurden. Unmittelbar nach der Explosion passierte Landesauptmann Dr. Rintelen, der nach einer Besammlung in Brud an der Mur auf der Gehweg nach Graz befahren war, mit seinem Auto die Explosionsstelle.

Der Umstand, daß mehrere hundert Meter vor der Explosionsstelle die Bundesstraße durch einen Karren verkehrt war, den der Chauffeur des Landesauptmanns jedoch noch rechtzeitig sah, so daß das Auto abbremsen konnte, gab zu der Vermutung Anlaß, daß der Anschlag auf die Fahrt des Landesauptmanns, der die Stelle 2 1/2 Stunden vorher auf der Fahrt nach Brud passiert hatte, in Zusammenhang stehe.

An der Explosionsstelle wurden von der Gendarmerie zwei Mannesmantel gefunden, die als Explosionskörper gelehnt hatten und wahrscheinlich mit Ammonit gefüllt waren. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Erklärung der NSDAP

Der Berliner „Angriff“ veröffentlicht folgende Erklärung der österreichischen Landespressstelle der NSDAP:

Die Landesleitung Oesterreichs der NSDAP, erklärt zu den Äußerungen aus der Sicherheitskommission Drols, Dr. Seibels, und des Landesauptmanns von Steiermark, Dr. Rintelen, daß die NSDAP, selbstverständlich den Anschlägen vollkommen fern steht und weder die Urheber noch die Täter kennt. Sie mißbilligt getrennlich ihre letzten betonten legalen Einstellung derartige Äußerungen — gleichviel, von wem sie ausgehen — auf das schmerzlich, liegt sie aber andererseits zu der Feststellung gewiss, daß diese Äußerungen durch die Zerstückelungen der höchsten Stellen direkt provoziert und heraufbeschworen waren.

Unterdrückung der NSDAP in Oesterreich

Wien, 13. Juni.

Nach einer korrespondenzmündlichen Mitteilung der österreichischen Bundesregierung bestimmte, noch nicht näher bezeichnete Maßnahmen treffen, als deren erste ein Verbot des Besuchs der Soldatenverbände und die Ausweisung ausländischer Personen, die bei der Aktionsozialistischen Partei Oesterreich tätig sind, zu ermarken seien.

Die österreichische Bundespolizei hat das Braune Haus in Wien besetzt und geschlossen. Gleichzeitig wurden auch sämtliche Bezirksheime der Nationalsozialistischen Partei in Wien besetzt und geschlossen.

Durch Erlaß des Heeresministeriums ist allen Heeresangehörigen die Mitgliedschaft und die Betätigung bei der Nationalsozialistischen Partei verboten worden.

Eine Milliarde für Arbeitsbeschaffung

Die Verteilung der Summe — Vereinfachung der Verwaltung.

Gegenwärtig finden Arbeitsverhandlungen über die Umstellung der im Programm der Reichsregierung für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellten einer Milliarde statt.

Das Reichsarbeitsministerium hat seine Vorschläge hierzu ausgearbeitet, zu denen vor allem das Finanzministerium Stellung nehmen muß. Es wird etwaigen Auslieferungsbestimmungen vorbehalten bleiben, kurzfristlich, ob von der einen Milliarde auch Privatunternehmer unmittelbar und direkt Beiträge für die Arbeitsbeschaffung anfordern können, oder ob die Verteilung allein von den einzelnen Reichsämtern der öffentlich-rechtlichen Stellen durchgeführt werden wird.

Bei den Verhandlungen, die im Interesse einer raschen Inangriffnahme der Arbeitsbeschaffung von den zuständigen Stellen beschleunigt geführt werden, wird auch die Frage der Auflösung des von dem damaligen Reichszugler von Schleicher ins Leben gerufenen Reichskommissariats für die Arbeitsbeschaffung mit erörtert.

Achim konnte aus den Erzählungen Dorotheas — denn jedes Wort, das sie gesprochen, war seinem Gedächtnis eingepreßt — genau ihren Weg, und so fiel es ihm nicht schwer, ihr am nächsten Tage, als sie auf dem Nachhauseweg vom Wittgenstein den Stadtmarkt kreuzte, in den Weg zu laufen. So sehr er die Begegnung herbeisehnte und so sehr er sich darauf freute, so daß sein ganzes Inneres zitterte, so sah er ihr doch mit Bangen entgegen. Würde er die alte Dorothea wiederfinden, wie sie oben auf dem Reitensplatz neben ihm gesessen oder würde er eine neue schwere Enttäuschung oder gar eine Abweisung erfahren? Doch wie sie ihn auf sich zukommen sah, ging ein frohes Leuchten über ihr Gesicht und ein warmer Glanz trat in ihre Augen, als sie ihm die Hand zum Grusse reichte: „Grüß Gott, Herr von Borne, ich habe schon geglaubt, daß Sie hier sind.“ — „Und ich, fräulein Dorothea, habe geglaubt, daß Sie es gewußt haben.“ — „Ich habe Sie gestern abend in meinem Vortrag erblickt.“

Eine verräterische Note zog sich langsam vom Hals hinauf über ihr liebes Gesicht: „Das ist doch beinahe unmöglich,“ meinte sie, „ich habe doch ganz zurück gegessen.“ — „Wo dann geben Sie doch zu, daß Sie gestern dort waren?“

Jetzt war Sie gefangen, und es nützte kein Verleumdspiel mehr. Sie blieb die Antwort schuldig und lenkte verlegen das Gespräch.

„Dorothea“, fuhr Achim fort, „was ich in den letzten Monaten durchgemacht habe, können Sie nicht ahnen. Ich hatte den Glauben an Gott und die Menschheit verloren, aber jetzt soll ich vergessen sein, wenn ich nur ein einziges freundliches Wort von Ihnen hören kann. Darf ich Sie ein Stückchen begleiten? Oder mögen wir einen Umweg durch den Park, damit wir ein wenig plaudern können?“

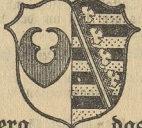
„Gern“, gab sie freudig zurück. Eine Sekunde dachte sie nach. Dann fuhr sie, einen gleichmäßigen Blick auf Achim werfend, fort: „Gehen wir in den Burggarten, dort ist mein Lieblingsplatz, und wir sind ungehört.“

(Fortl. folgt.)

Kemptenberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kempten, Bad Schmiedeberg und Umgegend

ersch. wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Preis: Monatslich für Abnehmer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kempten 1,25 M. in den Landorten 1,30 M. durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückerstattung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die beispaltene Perzeile oder deren Raum 15 Pfg. Die beispaltene Reklamezeile 40 Pfg. Ausnahmestellen 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher aufzugebender Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegensgebühr 10.— Mk. das Landtag, zusätzlich Polzeigebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kempten, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 69

Donnerstag, den 15. Juni 1933

35. Jahrg.

Am 16. Juni (Freitag) findet eine **Volls-, Berufs- und Betriebszählung** statt. Die Vapere (Haushaltungslisten, Land- und Forstwirtschaftslisten und Gewerbetragenden) werden den Haushaltungsvorständen jetzt zugestellt. Die Haushaltungsvorstände werden gebeten, sich die Vorbereitungen anzusehen und sich auf die Beantwortung aller gestellten Fragen vorzubereiten, damit die Zähler nicht unnötig aufhalten werden.

Kempten, den 13. Juni 1933.
Der Magistrat.

Donnerstag, den 15. Juni, Schweinemarkt
in Kempten.
Der Auftrieb beginnt um 7 Uhr.
Kempten, den 12. Juni 1933.
Der Magistrat.

Bekanntmachung!
Betr. Verminderung der Arbeitslosigkeit, Entlassung der weiblichen Arbeitskräfte.

In meiner Bekanntmachung vom 22. Mai 1933, betr. Doppelverdiener und Freimachung von Arbeitsplätzen — erschienen in den örtlichen Tageszeitungen — wies ich darauf hin, daß zur Befreiung von Arbeitsplätzen für männliche Arbeitslose insofern eine Möglichkeit besteht, als die Ehefrauen dieser Arbeitslosen in der Regel in der Hauswirtschaft tätig sind. Inzwischen hat die Reichsregierung am 8. Juni 1933 ein umfassendes Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit erlassen, das sich in 6 Abschnitten gliedert und einen Erziehungsgang für die Arbeitslosigkeit darstellt. Durch dieses Gesetz ist ein Willkürprozess für die Arbeitslosigkeit vorgegeben, das in seiner Auswirkung eine generelle Wirtschaftsentlastung zum Besten von Volk und Staat sowie Erwerb und Verdienst für eine Million Arbeitslose verbürgt, damit der Willen der Gesetzgeber erfüllt wird. Damit ich diese großen Arbeitsbeschaffungspläne der Reichsregierung voll ausführen, halte ich es jetzt für notwendig, die Entlassung grundsätzlich sämtlicher in den Hauswirtschaften beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte ins Auge zu fassen. Sie nehmen ausserordentlich vielen verheirateten und arbeitslosen Familienvätern, die im Kampf um das tägliche Brot für sich und ihre Familien jahrelang ringen, die Arbeit weg, und diesen muß zunächst geholfen werden. Ihnen muß Arbeit verschafft werden. Der helfen nur noch harte Mittel.

Das Verlangen auf Entlassung der weiblichen Arbeitskräfte und ihre Überführung in die Hauswirtschaft bedeutet durchaus kein Härte, wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der Hauswirtschaften in Deutschland im letzten Jahre auf 500.000 zurückgegangen ist. Diesen Rückgang löst entgegenzusetzen werden und zwar mit Mitteln, die eine wesentliche Entlastung des Arbeitgeberes darstellen. Während bisher schon diese Entlassungen erlassen waren, wonach die Hauswirtschaften von dem Beitrag zur Arbeitslosenversicherung befreit waren und eine Milderung der Invalidenversicherungsbeiträge eintritt, wird künftig die Hausgehilfin innerhalb des Haushalts als minderfähiges Kind bei der Steuerberechnung angesehen. Wenn also ein Haushaltungsstand eine Frau und zwei Kinder hat und eine Hausgehilfin beschäftigt, kann er nunmehr als vierköpfiger Haushalt auf der Grundlage von einer Frau und drei Kindern berechnet. Dadurch tritt eine wesentliche Entlastung des Haushaltungsvorstandes ein. Die bisher in den Fabriken und Büros beschäftigten weiblichen Personen sowie weibliche Arbeitslose sollen auf diesem Wege wieder in Hauswirtschaften gebracht werden. Dadurch wird auf der einen Seite eine Arbeitsbeschäftigung eintritt, auf der anderen Seite die Zahl der weiblichen Arbeitslosen erheblich sinken.

Aber noch ein weiterer Grund rechtfertigt das Verlangen auf Entlassung weiblicher Arbeitskräfte. Die Land- und Forstwirtschaft, welche gleichfalls schwer darunter leidet, und die die Hälfte unseres gesamten Volkes und Staates bedeutet, hat Mangel an weiblichen Arbeitskräften. Die weiblichen Arbeitskräfte können deshalb aber nicht in die Landwirtschaft überführt werden. Ein weiterer Grund zur Rechtfertigung der Entlassung der weiblichen Arbeitskräfte aus der Industrie besteht insofern, als vielen weiblichen Personen durch das obengenannte Gesetz der Reichsregierung die Möglichkeit gegeben wird, in den Ehestand einzutreten. Wenn es möglich ist, die Landwirtschaft für das Bestehen des Staates zu stärken, so ist es die Ehe. Sie stellt als Grundpfeiler des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Reichsregierung. Die Förderung der Eheschließungen, die in Deutschland in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen sind, soll ermöglicht, die Volkswirtschaft wieder zu fördern. Eheschließungen zu erleichtern und abzukürzen, sind Familienmitglieder aus dem Arbeitsprozess zugunsten männlicher Arbeitskräfte herauszunehmen. Darüber hinaus sollen Erbsparnisse nutzbar gemacht werden, die zwischen Verlobten vielfach angeammelt sind, aber nicht anzuwenden, um neben der Befreiung von Waise auch noch die Befreiung von Waisen und Waisensorgungsgegenständen zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wird von der Reichsregierung ein Ehestandsdarlehen zinslos bis zum Betrage von 1000 RM gegeben, wenn die künftige Ehefrau mindestens 6 Monate im letzten Jahre im Arbeitsverhältnis gestanden hat, wenn das handelsamtliche Matrikel vorliegt und wenn eine Wiederentnahme der Arbeitstätigkeit von der Ehefrau abgelehnt wird, solange der Ehemann nicht mehr als 125.— RM monatlich verdient.

Es richte deshalb an alle industriellen Arbeitgeber des Reichsgebietes erneut die bringende Bitte, in allen Fällen, in denen es die Betriebsverhältnisse erlauben, die weiblichen Arbeitskräfte aus den Büros und Werkstätten zu entlassen und dafür männliche Arbeitskräfte einzustellen.

Ein mögliches Gelingen des Programms der Reichsregierung ist nur möglich, wenn alle beteiligten Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in verständnisvoller Eintracht zusammenarbeiten.

Wittenberg, den 10. Juni 1933.
Der Landrat.

Die Weltwirtschaft tagt

Eröffnungsrede des englischen Königs.

London, 13. Juni.
Um 2.56 Uhr eröffnete der König von England die Weltwirtschaftskonferenz mit einer Rede, in der er erklärte: Zu dieser Zeit der weitverbreiteten Wirtschaftsnöte heiße ich Sie mit einem Gefühl ihrer Verantwortlichkeit in diesen Lande willkommen. Ich glaube, daß es das erste Mal in der Weltgeschichte ist, daß irgendein Souverän den Vorrang bei der Eröffnung einer Konferenz aller Nationen der Welt geführt hat.

Ich wünsche, meiner Genugtuung Ausdruck zu verleihen, daß eine solche Versammlung möglich ist, und mein Vertrauen auszudrücken, daß dieses gemeinsame Bestreben zu einem nützlichen Ergebnis führen werde. Ich heiße die Vertreter der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes willkommen. Ich bin immer dem Werk des Völkerbundes mit der größten Würdigung und dem größten Interesse gefolgt.

Der König fuhr in französischer Sprache fort: Die Welt ist in einem beunruhigten Zustand. Für Sie, meine Herren, die heute die Arbeit des Wiederaufbaus beginnen ist die Arbeit schwer.

Sie wird nicht erfüllt werden, es sei denn durch guten Willen und aufrichtige Zusammenarbeit.

Ich reiche Ihnen die Hand, und mit meinem ganzen Herzen wünsche ich, daß Ihre Anstrengungen zu einem glücklichen Ergebnis gebracht werden, das die Völker der Welt mit Ungebuld erwarten.

In dem festen Glauben, daß gegenseitige Beratung ein erster Schritt auf dem Wege zur richtigen Handlungsweise ist, eröffne ich diese Konferenz. Ich werde Ihre Erwägungen mit dem engsten Interesse und mit Aufmerksamkeit verfolgen, und ich bete, daß die Ergebnisse Ihrer Bemühungen die Welt aufs neue auf den Weg des Wohlstandes und geordneten Fortschrittes bringen.

MacDonaldis Willkommensgruß

Nachdem der König geredet hatte, entbot MacDonal als Präsident der Konferenz unter den Beifallsandgedungen der Delegierten den Willkommensgruß. Ich hoffe führte MacDonal aus, daß Ihr Aufenthalt hier nützlich in seinen Ergebnissen sein wird und daß Sie, wenn Sie London verlassen, den Mangel der Londoner Wirtschaftskonferenz unter der großen internationalen Zusammenkünfte eingeweiht haben werden, die der Menschheit Segen gebracht haben.

Die Zwecke unserer Versammlung sind von der größten Bedeutung. Seine Majestät selbst hat die Konferenz mit einer huldvollen Rede eröffnet, die seine lebige Würdigung unseres Wertes und seine tiefe Sorge um unseren Erfolg zeigt, und ich schlage vor, in Ihrem Namen unser Dankbarkeit für die uns angetane Ehre und für das Inter-



Anschließend legte der französische Ministerpräsident Daladier die Ansichten der französischen Regierung zu den Problemen der Weltwirtschaft dar.

Er erinnerte daran, daß es auf der Welt mehr als 30 Millionen Arbeitslose gebe.

Man müsse wieder den Menschen zum Herrn über die Maschine machen und dürfe nicht auflassen, daß die Maschine

den Menschen beherrsche. Dazu sei es aber notwendig, die Probleme, die sich auf dem Gebiete des Weltwesens und der Produktion ergeben hätten, zu lösen. Um internationale Handelsübereinkommen von Dauer und Abmachungen über die Regelung der Produktion abzuschließen zu können, sei es notwendig, den internationalen Geldverkehr in Ordnung zu bringen.

Besonders notwendig sei die Verringerung großer öffentlicher Aufträge, um die Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess wieder einzugliedern. Daladier erklärte, man müsse die Freizügigkeit des Goldes wiederherstellen, denn nur so könne man die Kämpfe auf dem Gebiete des internationalen Geldwesens beenden.

Der italienische Delegierte S u n g betonte, daß erst das internationale Schuldensystem gelöst werden müsse, das man an eine Erhöhung des internationalen Preisniveaus und an eine Begrenzung der Zollstrafen herangehen könne. Die Erhöhung des Preisniveaus werde lediglich im Zusammenhang mit dem Währungsproblem verhandelt werden.

Eine Besserung der internationalen Wirtschaftsverhältnisse könne nur durch eine tatsächliche Stabilisierung der Währungen erzielt werden.

Als nächster Redner folgte der Führer der deutschen Delegation,

Außenminister Freiherr von Neurath

Nach Worten des Dankes an den englischen König und an die englische Regierung führte er u. a. aus: Für die Generaldebatte möchte ich dem allgemein anerkannten und auch in den Bericht der Experten aufgenommen volkswirtschaftlichen Grundgedanken erneut betonen, daß internationale Schuldensysteme den letzten Endes nur durch Waren- und Dienstleistungen abgetragen werden können. Dieser Grundgedanke wird für uns bei der heutigen Lage der deutschen Wirtschaft den Ausgangspunkt bilden müssen.

Nach unserer Auffassung werden die wirtschaftlichen und insbesondere die handelspolitischen Probleme erst dann einer Lösung zugeführt werden können, wenn man sich zuvor über die fundamentalen Grundgedänge der Kredit- und Finanzfragen befreit verständigt hat.

Die Welt hat bisher angenommen, daß bei allen diesen Problemen die Interessen der hier vertretenen Staaten nicht gleich liegen. In der Tat scheinen, wenn wir jedes der Probleme für sich ansehen, die Interessen gegenteilig zu sein. Aber diese Konferenz ist der schlagende Beweis dafür, daß es sich nur um scheinbare Gegensätze handelt.

Die Industrie kann nicht leben, wenn die Landwirtschaft nicht lebt, und umgekehrt, der Gläubiger kann nicht leben, wenn der Schuldner nicht lebt. Die Goldwährung hat keinen Sinn, wenn die Freizügigkeit des Goldes nicht gewährleistet ist.

Nachdem diese Konferenz der lebendige Ausdruck dieser Einheit ist, werden wir auch den Mut aufbringen müssen, die sich daraus ergebenden Lösungen durchzuführen.

Freilich werden die Völker und Regierungen sich dazu nur durchringen, wenn das Vertrauen und ein friedliches und verständnisvolles Zusammenleben der Völker wieder hergestellt wird, wenn die großen politischen Aufgaben geregelt werden, die immer noch der Lösung harren.

Das das andere große politische Problem, um dessen Lösung wir seit Jahren ringen, vor dieser Konferenz nicht mehr gelöst werden konnte, war eine herbe Enttäuschung.

Die deutsche Regierung kann von sich sagen, daß sie ihr Teil dazu beigetragen hat, das Vertrauen wieder herzustellen. Selten wohl ist eine Regierungserklärung in der Welt mit gleicher Spannung erwartet worden wie die kürzliche Erklärung des Reichsstaatskanzlers Hitler vor dem Deutschen Reichstag. Selten wohl ist eine Regierungserklärung mehr geeignet gewesen als diese, Verühigung zu schaffen und der Wiederkehr des Vertrauens die Wege zu ebnen.

Der Wert dieser Regierungserklärung kann nicht dadurch vermindert werden, daß gesagt wird, das sind Worte wir wollen die Handlungen abwarten.

Die deutsche Regierung hat gehandelt. Sie hat ihr volles Teil dazu beigetragen, um die große, von Staatsmännlicher Weisheit eingegebene Initiative des italienischen Regierungschefs zu verwirklichen und den Dukt von Rom zu schaffen. Sie hat der Arbeitslosenkonferenz in Genf einen neuen Impuls gegeben, indem sie den Plan des Herrn MacDonaldis als Grundlage der zukünftigen Konvention angenommen hat. Sie hat das getan, obwohl die Erfüllung der Versprechungen, auf die Deutschland einen Anspruch hat, noch nicht sichtbar ist.

Vergeßen wir nicht, daß ohne eine Lösung der großen schwebenden politischen Fragen die Beratungen dieser Konferenz zu keinem befriedigenden Ergebnis führen können.

Genf und der Arbeitsdienst

Ein unmöglicher Beschluß des Effektivauschusses.

Ein Beschluß des Effektivauschusses der Arbeitslosenkonferenz, in dem auf französischen Antrag hin das Verbot der Arbeitsdienstpflicht gefordert worden ist, braucht in Deutschland nicht besonders tragisch genommen zu werden, wenn gleich nicht verhebt werden soll, daß dieser Beschluß